

werden, sind oft nicht die besten und halten nur aus Gründen zusammen, die mit der Ehe als solcher nichts zu tun haben: man würde sonst die Wohnung verlieren, man müßte den Staatszuschuß zur Eheschließung zurückzahlen usw. Die tschechische Zeitschrift erklärt die Ursache zu diesem Phänomen so: „Die Gründe zu dieser Er-

scheinung liegen in den meisten Fällen in den Personen selber, in ihrem Mangel an sittlichem Halt. Wir haben mit vollem Recht die alte kapitalistische und kirchliche Moral abgeschworen, aber von der neuen, der kommunistischen Moral, die an ihre Stelle treten sollte, wissen wir bis jetzt nichts.“

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Diskussion um die Parteireform der SPD

Die SPD am 15. September 1957 ihre dritte Bundestagswahl verloren. Man brauchte diese Feststellung nicht an den Beginn einer Untersuchung über die Reformbestrebungen der SPD zu stellen, wenn nicht in allen drei Wahlkämpfen die SPD die innere Überzeugung ihres Sieges über die CDU/CSU bis buchstäblich zur letzten Stunde gehabt hätte. Drei große Enttäuschungen zeichnen eine Partei, ihren Stil, ihre Führung und das Parteivolk, auch — oder gerade — dann, wenn diese Partei eine große Tradition hat. Drei große Enttäuschungen dieser Art zeigen aber auch einer Partei, daß ihr Verhältnis zur Zeit und zum Wähler gestört oder zwiespältig ist. Dieser Eindruck drängt sich auf, und die SPD hat kaum vermocht, ihn zu verwischen. Im Gegenteil, gerade die Tatsache, daß innerhalb der SPD von Reformen ausschließlich nach verlorenen Wahlen gesprochen wird, läßt den Verdacht nach Unsicherheit in entscheidenden Fragen der Politik und ihrer Propagierung nicht zum Schweigen kommen.

Diese Störung ist sicher nicht leicht zu beheben, da sie eine nahezu unübersehbare Fülle von Gründen hat, zu denen es jeweils Gegengründe gibt. Die nach der Bundestagswahl von 1953 von vielen Persönlichkeiten und Gremien geäußerte und definierte „Sorge um die deutsche Linke“ hatte, soweit bekannt, eine weitgehend geschlossene Richtung. Mit der Autorität (wenn auch die Führung nicht nachweisbar ist) Ernst Reuters, Carlo Schmid und der sogenannten Bürgermeistergruppe, wie Kaisen, Brauer, Kolb usw., verlief die Diskussion in Richtung auf einen gemäßigten Sozialismus, auf die Öffnung nach rechts; in Wirklichkeit änderte sich wenig, kein Mann und kein Programm wurden geopfert. Um diese Erfahrung reicher, melden sich jetzt die Stimmen lauter, und sie sind vom Vorstand der SPD nicht mehr sicher geführt. Der bremische Wirtschaftssenator Wolters schrieb bereits am 1. November 1957 im „Vorwärts“, zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion keineswegs den Höhepunkt überschritten hatte:

„So begrüßenswert eine unbegrenzte Debatte ist und so sehr sie zeigt, daß unsere Partei wie keine andere die Demokratie in ihren Reihen praktiziert, so sehr ist es doch an der Zeit, die Diskussion jetzt zu ordnen. Dabei habe ich nicht das Verfahren unserer Partei nach der Wahlniederlage von 1953 im Auge. Damals wurden die Diskussionen bekanntlich von einer Kritik-Kommission erfolgreich ‚systematisiert‘! So lange, bis das Hauptanliegen verdeckt war.“

Diesmal scheint dieser Weg der Beschwichtigungen weniger Erfolgsaussichten zu haben. Immerhin formieren

sich die Gruppen, und es entspinnt sich eine scharfe Polemik zwischen diesen, so daß die Mehrheitsverhältnisse für den Spruch, den die SPD auf ihrem Parteitag vom 18.—23. Mai 1958 in Stuttgart zu fällen hat, um der Diskussion über Standort, Weg und Ziel, Organisationsform und Führungsgruppe ein parteiamtliches Ende zu setzen, nicht klar zu erkennen sind. Erste Proben der Härte, mit der gerungen wird, gab es bei der Wahl des Fraktionsvorstandes, bei der Ollenhauer seinen Stellvertreter Mellies opfern mußte und Mellies orakelhaft mit dem Satz: „Stellvertreter bleibt Stellvertreter“, antwortete. Die Tatsache, daß innerhalb der SPD von Reformen nahezu ausschließlich nach verlorenen Wahlen gesprochen wird, ist neben den erwähnten Gründen aber auch für die Art der Reformvorschläge von größter Bedeutung. Die Fragestellung erhält von daher ihre Richtung und befaßt sich vornehmlich mit den Gründen, die zum Wahlsieg der CDU führten und die SPD zum Verlierer machten. In der Diskussion um die Parteireform sind darum jene Vorschläge, die auf Analysen der Wählerstimmung basieren, so als ob es sich dabei um objektive Tatbestände handle, in der Überzahl, und diese Erklärungsversuche werden auf die Parteireform transponiert. Es wird zwar nicht außer acht gelassen, daß die Wähler durch Propaganda geführt werden, ihre Meinung gemacht ist (und entsprechend schlägt die SPD stärkere Schulung der Massen und der Funktionäre vor), im Grunde aber wird die Reformüberlegung erzwungen durch die Einsicht, daß eine unbeeinflussbare Meinungsentwicklung besteht, die sich im Gefälle der Angst vor dem Bolschewismus auch gegen die SPD wendet.

Diese Vorstellung hat viele Gründe für sich und wird vor allem bestärkt durch zwei Erfahrungsgruppen. Dort etwa, wo orthodoxe Sozialisten in den Ländern zur Macht gelangen, mußten radikal sozialistische Vorstellungen — wie etwa das Sozialisierungsprogramm in Hessen — nach tastenden Versuchen aufgegeben werden. Damit hat die SPD jedoch gleich zwei wichtige Argumente für die Gegenpropaganda selbst geliefert, die ihr zumindest für den Kampf um die Bundesregierung verhängnisvoll wurden. Einmal lieferte sie durch ihre radikalen Versuche die Unterlagen für eine Propaganda der CDU, die es ermöglichte, in der SPD „die Roten“ zu sehen, zum anderen brachte ihr das Aufgeben dieser Versuche, d. h. deren objektives Scheitern, den Ruf der Unsicherheit, des Experimentierens, ein.

Die Linie der SPD-Ministerpräsidenten war dann auch die, der CDU-Propaganda den Wind dadurch aus den Segeln zu nehmen, daß sie — zumindest dort, wo sie als Nachfolger von CDU-Mehrheiten an die Regierung kamen — nicht mehr taten, als auch die CDU-Vorgänger ge-

tan hatten. Damit war zwar die Möglichkeit einer aggressiven Propaganda der CDU („Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“) erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, aber es gab auch keinen ersichtlichen Grund mehr, der SPD die Bundesregierung zu übertragen. So wurde denn im öffentlichen Bewußtsein aus der SPD eine Partei, die man in Kommunen und evtl. Länderregierungen delegieren konnte, weil sie im Einzelfall die Hilfen des Bundes durch weitergehende Anträge erhöhte und die Lasten durch „soziale Vorstellungen“ erleichterte. Ihr Schicksal wurde es, als sozialer CDU-Zusatz im Bewußtsein der Wähler zu figurieren.

Partei und Wähler

Für das innere Verständnis der gesamten Diskussion scheint es wichtig, zwischen Parteivolk und Wählervolk zu unterscheiden, eine Grenzziehung, die überdies die verschiedenen Reformvorschläge leichter gruppierbar macht. Das Parteivolk entwickelt und bestimmt das Programm, es stellt das Gerüst der Organisation und der Propaganda — aber es entspricht nicht dem Wählervolk. Im Parteivolk, den aktiven Mitgliedern, ist zum überwiegenden Teil der militante Kernbestand jene klassenbewußte Arbeiterschicht, die in der Gesellschaft kein bedeutungsvolles Korrelat hat, zumindest nicht als homogene, politisch-soziologisch relevante Gruppe. Nur so erklärt sich das Abbröckeln der festen Wählerstämme, der Verlust an Arbeiterstimmen, der Verlust an sogenannten „Hochburgen“, die Unsicherheit in der Diskussion. Die Frage nämlich, wie sich der Wähler der SPD und von wo aus sich das Parteivolk der SPD gruppiert, kann heute nicht eindeutig beantwortet werden.

Unter diesem Gesichtswinkel lassen sich aus der allgemein zu Ungunsten der CDU ausgelegten Tatsache, daß der Mitgliederbestand das feste Gerüst einer Partei darstellt, gegenteilige Schlüsse ziehen. Der SPD fehlt jener reichgegliederte vopolitische Raum, der hinsichtlich der eigenen Zielsetzungen ein Interesse am Fortbestand, am Sieg einer bestimmten Partei hat. Diese Anteilnahme parteiaffiner Gruppen wäre in besonderem Maße geeignet, dem Programm jene Breite und den Einzelaktionen insbesondere im Bundestag jene Richtung zu geben, die besondere Wählergruppen oder -schichten anspricht und bei Wahlen für die SPD einnimmt. Die Gewerkschaften nehmen unter diesen eine Sonderstellung ein, weil ihr Interesse einmal auf jene Punkte gerichtet ist, die ohnehin Herzstück sozialdemokratischer Politik waren und sind, und weil zum anderen dem kritischen Wähler unter den Gewerkschaftsmitgliedern schlecht klarzumachen ist, wieso er über die mächtige Gewerkschaft hinaus noch eine Partei unterstützen soll, die Forderungen aufstellt, an denen er vital nicht interessiert ist. Die letzte Bundestagswahl hat gerade das — neben anderem — deutlich bewiesen.

So weiß im Grunde niemand, welche außerparteiliche, geschlossene Gruppe ihre Vorstellungen über Grundzüge einer Politik als befruchtendes Element in die Partei einbringen könnte und der SPD nach Annahme dieser Vorstellungen Wählermassen zuzuführen in der Lage wäre.

Es ist nicht abwegig, anzunehmen, daß die Vorstellungen der Befürworter einer „Volkspartei“ das Schicksal der FDP und des BHE vor Augen haben. In beiden Fällen

basierte die Partei auf nicht mehr zutreffenden oder im Abbau befindlichen Gruppierungen wie „die Liberalen“ und „die Flüchtlinge“. Insofern erhalten etwa die Vorstellungen von der „Arbeiterpartei“, wie sie von Abendroth und seinem linken Flügel vorgeschlagen wird, ein zusätzliches Gewicht.

Es bleiben wegen des Fehlens einer innerparteilichen Koalition die gemachten Vorschläge zur Parteireform im Rahmen eines Gespräches unter grundsätzlich Gleichgesinnten, was weiter dazu führt, daß die unterschiedlichen Analysen und Folgerungen nur schwer synchronisierbar sind, weil sie alle von der gleichen Grundvorstellung ausgehen. Die Gefahr eines Bruder- oder Verwandnenstreites oder gar einer Aufspaltung wurde dann auch in der nichtsozialistischen Presse bereits angedeutet. Die bislang erkennbare Diskussion läßt jedoch diese Überlegung auf keinen Fall zu.

Die Geschichte der Reformbestrebungen seit 1945

Das letzte Grundsatzprogramm der SPD stammt aus dem Jahre 1925. Es ist bekannt unter dem Namen „Heidelberger Programm“. Alle nach 1945 erschienenen programmatischen Erklärungen waren sogenannte Aktionsprogramme (Dortmund 1952 und Berlin 1954), man könnte sie Kampflieder der Opposition nennen, nach welchen aber nie marschiert wurde.

Das Heidelberger Programm ist, wie im „Vorwärts“ vom 25. 10. 57 zu lesen ist, über die Feststellung, „daß die Sozialdemokratische Partei jetzt im demokratischen Staat steht und nicht mehr gegen den Staat“, nicht hinausgekommen. Der Schreiber des Artikels, Rudolf A. Pass, meint weiter: „Der Sozialismus, den wir wegen dieser Kompromittierung [gemeint ist der Bolschewismus] heute tautologisch einen demokratischen oder freien nennen müssen, hätte in einem neuen Grundsatzprogramm viel Versäumtes nachzuholen.“

Man tut gut daran, bei der Behandlung der Programmfrage die Oppositionsstellung von der Partei zu trennen. Das Grundsatzprogramm soll die Selbstdefinition der SPD liefern, die die Linien herausarbeitet, nach denen sich sowohl regieren als auch opponieren läßt. Es verwundert aber, daß mit wenigen Ausnahmen die vorliegenden Diskussionsbeiträge Alternativvorschläge zur Politik der CDU sind. Hier spielt vor allem der Gedanke mit, daß ein Programm nicht ohne Attraktion auf die Wähler sein darf, eine Aufgabe, die um so schwerer zu bewältigen ist, als die CDU die Attraktion für die Wählermehrheit schlechthin zu sein scheint.

Die Bemühungen um ein neues Grundsatzprogramm sind bereits sehr alt. Ein vom Parteivorstand eingebrachter Antrag auf dem Parteitag 1948 hatte den Wortlaut: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unverzüglich eine Programmkommission einzusetzen. Der Entwurf einer Programmkommission für ein Parteiprogramm ist der Gesamtpartei zur Diskussion zu unterbreiten, bevor er dem Parteitag zur Beschlußfassung unterbreitet wird.“ Nach der Wahlniederlage von 1953 wurde aus bestimmten Kreisen in der Partei nochmals ein neues Grundsatzprogramm gefordert. Der Parteitag der SPD in Berlin 1954 stimmte auch diesem Auftrag zu. Am 26. 3. 1955 trat unter Willi Eichler die Programmkommission zum erstenmal zusammen. Nach dem Vorschlag Eichlers sollten verschiedene Unterausschüsse mit Teilfragen befaßt werden, um diese später dem Plenum der Programm-

kommission vorzulegen. Mit Ausnahme des Unterausschusses „Grundsatzfragen“ war zumindest bis zum April 1956 von den übrigen Arbeitsausschüssen noch keiner zusammengetreten. In der Sitzung dieses Unterausschusses vom 9. September 1955 forderte der Kölner Universitätsprofessor Gerhard Weißer eine Frist von fünf Jahren zur Abfassung eines endgültigen Entwurfes. So blieb denn auch der für den Münchener Parteitag 1956 angesetzte Zwischenbericht aus. Es darf also angenommen werden, daß von dieser Kommission zumindest bis zum September 1957 kein beratungsreifes Programm erarbeitet wurde.

Vorschläge zum Parteitag 1958

Inwieweit bis zu diesem Zeitpunkt erarbeitete Teilstücke eines Programms auf dem Stuttgarter Parteitag zur Sprache kommen können und Aussicht haben, die Zustimmung des an diesen Fragen besonders heftig interessierten Parteipenums zu finden, bleibt abzuwarten. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß in der vorläufigen Tagesordnung des diesjährigen Parteitages der SPD die „erste Beratung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ unter Punkt 4 vorgemerkt ist. Diese Beratung steht sicher nicht unbedacht nach sechs Referaten über „Gegenwartsprobleme sozialdemokratischer Politik“ und vor einem Referat über den „Aufbau der Parteiorganisation“.

Wie eine Einführung zu dieser Tagesordnung lesen sich einige Überlegungen, die der bereits erwähnte Diskussionsbeitrag von R. A. Pass bringt: „Ein neues Grundsatzprogramm einer sozialistischen Partei kann nur zustande kommen, wenn Inhalt und Ziel des modernen Sozialismus an der *heutigen* Wirklichkeit gemessen und auf die Zukunft projiziert werden. Es bedarf also einer Bestimmung des Standorts der sozialistischen Bewegung innerhalb der gegenwärtigen Technik, Wirtschaft und Gesellschaft... Die inventierte Wirklichkeit samt ihres Menschenbildes und ihres wirklichen Menschen wäre zu analysieren und zu diagnostizieren. Analyse und Diagnose wären dann der *Kritik* der sozialdemokratischen Wertsetzungen zu unterwerfen, um mit einer *Prognose*, die sich aus den festgestellten Tendenzen der vorhandenen Entwicklung ergeben müßte, zu der Feststellung von sozialistischen *Teilzielen* und von diesen zum *Hauptziel*, nämlich einer sozialistischen Gesellschaft, zu kommen.“

Was bei der Darstellung und Analyse der Gegenwartsprobleme sozialdemokratischer Politik hinsichtlich der Außen- und Wehrpolitik von Erler und Wehner, bei der Wirtschaftspolitik von Dr. Deist und Dr. Veit und bei Kultur und Politik von Waldemar von Knoeringen und Dr. Arndt an Vorschlägen für das Grundsatzprogramm formuliert wird, kann nur erschlossen werden aus gelegentlichen Beiträgen der genannten Referenten zur Programmdiskussion, auf die zum Teil noch zurückzukommen sein wird.

Bedeutung und Funktion der „Klasse“

In den Formulierungen des genannten „Vorwärts“-Artikels fällt zunächst die ungewöhnliche Unterscheidung zwischen der „Wirklichkeit samt ihrem Menschenbild“ und einem „wirklichen Menschen“ auf. Diese Andeutung muß nach Ausführungen einflußreicher Männer in der SPD dahin kommentiert werden, daß das Volk über

seinen wirklichen Zustand im unklaren ist, d. h. sich der Mensch von heute zu Unrecht wohlfühlt. Dies ist vor allem eine Formel, die die besonders links Stehenden innerhalb der SPD ergiebig anwenden. Am klarsten jedoch werden die Hintergründe solcher Vorstellungen, wenn man Äußerungen aus jenen Vorschlägen näher betrachtet, die einen eigenen, prononciert sozialistischen Stil der Partei wünschen. Herbert Wehner hat diesen neuralgischen Punkt im Auge, wenn er schreibt: „Sosehr es darauf ankommt, alle Sachgebiete des politischen Wirkens gründlich zu prüfen, so ausschlaggebend wird es doch sein, sich nicht zu verzetteln und nicht anzunehmen, es handle sich für die SPD darum, in Konkurrenz mit der CDU/CSU überall etwas mehr zu fordern oder etwas mehr zu verheißen als diese. Im Namen des Friedens, der Verständigung der Völker, der Entwicklung Deutschlands zur Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit hat die sozialdemokratische Partei in dem vor uns liegenden Zeitabschnitt den Kampf um die Mehrheit zu führen“ (Die neue Gesellschaft, September/Oktober 1957, S. 227). Zu Beginn des gleichen Aufsatzes zieht Wehner mit folgenden Worten das Fazit aus dem Wahlergebnis 1957: „Das Wahlergebnis hat vielfach Anlaß zu Deutungen gegeben, die in ihm einen eindeutigen Zug der Wähler zum Zweiparteiensystem erkennen wollen... Davon abgesehen aber fällt beim Wahlergebnis des Jahres 1957 zunächst und vor allem der Zug zu der einen Partei, die unter den Namen Christlich-Demokratische Union und Christlich-Soziale Union auftritt, ins Auge. Auf der anderen Seite fehlt es zunächst noch an einem entsprechenden ‚Zug‘.“ Es darf, ohne diesen Text pressen zu wollen, daraus geschlossen werden, daß auch Wehner nach der grundsätzlichen Wandlung, nach dem Standort, der vom bisherigen unterschieden ist, verlangt.

In diesem Punkt zumindest hat Wehner zwei Bundesgenossen in den Professoren Weißer, Köln, und Abendroth, Marburg. Beide sind in ihren Interpretationen noch weiter fortgeschritten. Bereits das für den Grundsatzausschuß vom 9. 9. 55 vorgelegte Exposé von Weißer enthält die Feststellung, daß er sich bei dem Begriff der Klasse an den engeren, also den von Marx, halten wird. Der Marburger Professor Abendroth geht in seinem Diskussionsbeitrag vom November 1957 („Geist und Tat“, 12. Jhg., 11. Heft, S. 366 ff.) wie Wehner den neuralgischen Punkt der Fragestellung an: „Kann man ihr [der Herrschaft Adenauers und der CDU] dadurch ein Ende bereiten, daß die SPD sich durch weitere Anpassung an die Mehrheitsstimmung des 16. September 1957 aus der Partei des demokratischen Sozialismus in eine zweite Auflage der CDU umwandelt, wie ihr die bürgerliche Presse rät?“ Auf die von Wehner angesprochene und von Weißer bejahte Frage nach dem Vorhandensein von Klassen antwortet auch er eindeutig im Sinne Weißers. Seine Vorschläge für das Parteiprogramm sind von der Feststellung bestimmt, daß die SPD den allgemeinen Trend der öffentlichen Meinung, der mit ungeheurem Finanzaufwand herbeigeführt worden sei, nicht ausgleichen könne, „solange sie sich nicht auf stabiles und rationales Selbstbewußtsein der Arbeitnehmerschichten zu stützen in der Lage ist“ (Geist und Tat, a. a. O.). Für Abendroth bleibt entscheidend die Manipulierbarkeit breiter Wählerschichten aus der gesamten Arbeitnehmerschaft bis hin zum Beamten: „Solange diese Manipulierbarkeit fortbesteht, deren Grundlage der Einflußbereich der These bildet, die

gegenwärtige Gesellschaft kenne keine prinzipiellen sozialen Gegensätze, sie sei ‚klassenlos‘ und eine ‚Mittelstandsgesellschaft‘ der ‚Wirtschaftsbürger‘ und ‚Sozialpartner‘, hat die SPD keine Aussicht, einen Wahlkampf zu gewinnen.“ Sein Rezept ist klar umrissen: „Die einzige Chance der deutschen Sozialdemokratie besteht deshalb darin, diese Situation in systematischer und zielbewußter Arbeit zu ändern und das soziale Selbstbewußtsein der größten deutschen Sozialschicht, der Arbeitnehmer, wiederherzustellen.“

Der „linke Flügel“

Hier ist das klarste Gegenkonzept sowohl zu den Reformvorschlägen von 1953 wie auch zur Linie der SPD-Politik, zumindest seit dem Tode Kurt Schuhmachers, entwickelt. Auch Abendroth geht aus von Statistiken, aber er verwirft die „aufweichenden“ Interpretationen von Schelsky, Ortlieb und Landshut und empfiehlt den orthodoxen Marxismus, um der SPD aus einem Dilemma herauszuhelfen, das ihr im Gegensatz zur CDU durch das Fehlen eines reich gegliederten vopolitischen Raumes und damit einer innerparteilichen Gruppenkoalition naturgemäß anhaftet. Die Vorstöße Abendroths erhalten für den Parteitag ihr Gewicht auch durch die Tatsache, daß unter seiner Leitung in Frankfurt/Main die sogenannte Linke sich formiert hat. Auf dieser ersten offenen Zusammenkunft linksstehender Sozialisten, die, wie der vorzügliche Sachkenner Günter Triesch im „Rheinischen Merkur“ (28.3.58, S. 12) nachweist, bisher keineswegs als homogene Gruppe angesehen werden kann, hatte Abendroth keine Scheu, von einem formierten „linken Flügel“ zu sprechen: „Solange jedoch in der Partei kein kräftiger und zielbewußter linker Flügel entsteht, der marxistische Methoden auf die gegenwärtige Situation anwenden kann, wird die Gesamtentwicklung der Partei unaufhaltsam weiter nach rechts gehen und dadurch ihre Erfolgsaussichten gegenüber der CDU weiter mindern“ (Geist und Tat, a. a. O.).

Diese Frankfurter Sammlung darf als die offene Kampf-ansage sowohl an die Befürworter der „Öffnung nach rechts“ wie auch an die Linie des Bonner Parteivorstandes angesehen werden. Immerhin hat Ollenhauer bisher jeden Hinweis auf das Bestehen von „Flügeln“ in der SPD scharf zurückgewiesen und jede sich bildende Gruppe mit dem Parteiausschluß bedroht. (Man erinnere sich an die Reaktion des Parteivorstandes auf die Vorgänge um „Die andere Zeitung“, Hamburg.) Hinweise der Presse auf diese Flügel innerhalb der SPD wurden noch in der Ausgabe des „Vorwärts“ vom 29. 11. 57 als „Beiträge der Ahnungslosigkeit“ abgetan. Wie schwer es für Ollenhauer werden wird, diese Beschwichtigung und Zwangseinigung auf die Mittellinie vorstandsamtlich weiterzuführen, läßt auch die Tatsache vermuten, daß den Frankfurter „Rebellen“ Begrüßungstelegramme von den Bundestagsabgeordneten Wehner, Behrisch und Blachstein zugegangen sind.

Entideologisierte Sozialismus der „Volksparteiler“

Diesen Vorschlägen, die unter dem Vorwand der Wiedererweckung einer Arbeiter- oder Arbeitnehmerideologie im Grunde einem verzweifelten Pragmatismus huldigen, stehen andere Überlegungen gegenüber. Wesentlich mitgeformt durch die geistige Weiterentwicklung des Sozial-

ismus insbesondere in Europa, suchen SPD-Mitglieder, unter denen vor allem Carlo Schmid und Waldemar von Knoeringen zu nennen sind, einen tieferen Ansatz zur Reform des SPD-Programms (vgl. „Vorwärts“, 14. 2. 58, S. 6, und Interview Prof. C. Schmid mit Wilhelm Papenhoff im WDR am 25. 9. 57 in der Sendereihe: „Zur Debatte gestellt“). Der von Abendroth und seinen Anhängern so scharf angegriffenen These von der Mittelstandsgesellschaft entnehmen die Befürworter der „Volkspartei“ den Nachweis für das gewandelte Selbstverständnis der Wähler, das dem Klassendenken und -bewußtsein entwachsen ist, wodurch gleichzeitig ein Freiheitsbegriff popularisiert wurde, dem das Ideologiedenken des orthodoxen Marxismus konträr entgegensteht. Jeanne Hersch Buch „Die Ideologien und die Wirklichkeit — Versuch einer politischen Orientierung“, das in der deutschen Ausgabe (vgl. Die Welt der Bücher, 1957, S. 410) ein Vorwort von Carlo Schmid hat, ist ein Richtungsweiser für diese Entwicklung. Hier wird eine Begründung für einen — nach deutschem Sprachgebrauch — „entideologisierten“ Sozialismus gegeben. Man kann die Bemühungen der „Volksparteiler“ als einen Versuch bezeichnen, diese Vorstellungen in die Parteipraxis umzusetzen. Dabei darf sich diese Gruppe auf parteioffiziell schon seit Kurt Schumacher abgegebene Versicherungen stützen, daß es gleichgültig sei, aus welchen Quellen die sozialistische Einstellung der Mitglieder ihre Begründung nehme, aus dem „Kapital“, dem Parteiprogramm oder der Bergpredigt. Diese besonders vor Wahlen stark propagierte These, daß die SPD Heimat all jener Gruppen sein könne, blieb und bleibt so lange Deklamation, wie die Parteipraxis, d. h. der Mitgliederstamm, das Organisationsgerüst, die unteren beschlußfassenden Gremien, dem widerspricht und zuwiderhandelt. Die Schwierigkeiten dieser Befürworter einer Volkspartei bestehen aber darin, daß sie, solange sie die „Öffnung nach rechts“ fordern, ohne Erfolge zu haben, den Parteistamm verärgern und enttäuschen und, solange der Parteistamm so wie bisher ist und reagiert, die Umworbenen abgestoßen werden, diesem Aufruf zu folgen. Es sind auch bereits in der veröffentlichten Diskussion nicht wenige Gegenstimmen bekannt geworden. Im „Vorwärts“ (17. 1. 58) werden gerade diese konträren Vorschläge von Carlo Schmid einerseits und Prof. Abendroth andererseits als die „zentralen politischen Gegensätze in der Partei“ bezeichnet. Dabei optiert der Verfasser dieses Artikels, Siegfried Braun, Köln, für die „politisch aktivierte Arbeiterschaft, in deren Macht es allein liegen kann, ob eine sozialistische Politik eine Chance erhält“. Die Argumente, mit denen diese Tendenz zur Volkspartei gerade in diesem Beitrag abgelehnt und bekämpft wird, scheint für die Stimmung unter den an dieser Reform interessierten Mitgliedern der SPD bezeichnend zu sein. In dem Vorschlag der Volkspartei wird hier die Tendenz „zu einer durch eine vage weltanschauliche Basis zusammengehaltenen Interessen- und Honoratiorenpartei im Stile der CDU, bloß mit aufklärerisch modernem Inhalt“, gesehen. Was der SPD-Mann verlangt, ist — nach Braun — „die richtige Theorie der Klassengesellschaft“ und nicht jenen „Opportunismus aus der bodenlosen Dialektik eines pseudo-religiösen, privaten und professoralen Missionsdenkens“. Noch deutlicher wird im „Vorwärts“ (10. 1. 58) ein Schreiber aus Frankfurt: „Prof. Carlo Schmid mag Chef des Schattenkabinetts werden. Entscheidend ist das in

freier und intensiver parteidemokratischer Diskussion formulierte Programm. Prof. Schmid ist ein viel zu gebildeter Mann, als daß er nicht ein richtiges sozialistisches Programm vertreten könnte, wenn es eben deshalb seine intellektuelle, gesellschaftskritische ‚Faszinationskraft‘ ausstrahlt.“

Es kann aus dieser Darstellung nicht ohne weiteres geschlossen werden, welche Haltung der Parteitag der SPD gerade zu den Vorschlägen dieser Reformer einnehmen wird. Einmal stehen in beiden Lagern mächtige Bezirksverbände und einflußreiche Persönlichkeiten, zum anderen sind im einzelnen viele Vorschläge gemacht, die dieses Kernproblem mit sekundären Vorschlägen zur äußeren und inneren Organisation und zur Propaganda verbinden, wodurch es dem Vorstand gelingen könnte, einige Gruppen durch geschickte Zugeständnisse auf dem Sektor der Organisation zum Einlenken in Grundsatzfragen zu bewegen.

In diese Richtung dürfen einige Veröffentlichungen von verdienten Parteisenioren gedeutet werden, die an bevorzugter Stelle im „Vorwärts“ plazierte wurden. Der am 3. Januar 1958 veröffentlichte Beitrag von Wilhelm Keil mit dem Titel „Die SPD muß die Partei der Zukunft bleiben“, kommt zwar den Orthodoxen ein Stück Weges entgegen, legt sich aber keineswegs auf diese Linie fest. Die Redaktion des „Vorwärts“ verweist in einem kurzen Vorspann, was sonst selten geschieht, auf die Verdienste und die 70jährige Parteimitgliedschaft des „Nesters der württembergischen Sozialdemokratie“. Im Dezember des Vorjahres wurde selbst Friedrich Stampfer noch einmal abgedruckt unter dem Titel „Vor Wundermitteln wird gewarnt“ (Vorwärts, 6. 12. 57).

Gleichfalls unter Umgehung der Hauptstreitpunkte erschienen im „Vorwärts“ vom 3. Januar 1958 „15 Thesen für eine Parteireform“, die „unter Mitarbeit von Sozialdemokraten aus Berlin und dem Bundesgebiet“ von zwei Berliner SPD-Mitgliedern erarbeitet wurden. Die hier genannten Thesen beziehen sich neben Organisationsvorschlägen auf die politisch neuralgischen Punkte und nicht auf die der Parteideologie.

Die Rolle der Gewerkschaften

Eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Reformdiskussion werden die Gewerkschaften spielen. Man tut gut daran, hierbei die Linie des DGB nicht mit der der einzelnen Industriegewerkschaften zu verwechseln. Die, von gelegentlichen Entgleisungen abgesehen, ständigen Bemühungen des Düsseldorfer DGB-Vorstandes, parteipolitische Neutralität zu wahren, hat in den großen Industriegewerkschaften keine Entsprechung. Wie Triesch in dem bereits erwähnten Artikel des „Rheinischen Merkur“ (28. 3. 58) mitteilt, waren die Gewerkschaften ab 1953 an der Reform der SPD stark interessiert. In welcher Richtung dieses Interesse lag, ist einmal aus der Tatsache erkennbar, daß am 26. 3. 55 neben Prof. Weißer auch Victor Agartz vom Parteivorstand der SPD beauftragt wurde, den Punkt a) des Grundsatzausschusses: „Klassen, Klassengegensätze, Klassenkämpfe; die Frage der Fruchtbarkeit der Klassenkampfhypothese als Deutung unserer Zeit“ zu erarbeiten und zum anderen aus den Äußerungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers auf dem Münchener Parteitag 1956, der darauf hinwies, daß die Gewerkschaften heute (im Gegensatz zu früher) „sozialistischer“ seien als die Partei. Ähnliche

Gedanken und Äußerungen ließen sich auch aus den Beiträgen zur Parteireform 1957/58 anführen. Man darf dabei jedoch nicht übersehen, daß auch die Beiträge der Gewerkschaftler zur Parteireform durchaus innerhalb der SPD bleiben. Diese Tatsache, daß ein so elementarer Vorgang wie die Suche nach einer (neuen oder erneuerten) Orientierung einer traditionsreichen Partei den Rahmen der Mitglieder nicht übersteigt und jede Anregung von außen als Einmischung empfunden wird, darf als ein Phänomen eigener Natur angesehen werden. Hier sind auch viele der Gründe zu suchen für die diesem Vorgang anhaftende Sterilität bei aller Emotion, mit der die Diskussion geführt wird. Es scheint, als ob mit dieser Frage eines der Tabus, die in der Reform stecken, angeührt ist.

Reform und Parteiorganisation

Die SPD liebt es nicht, wenn in Veröffentlichungen der außerparteilichen Presse vom sogenannten „Apparat“, von seiner Ohnmacht oder Allmacht, gesprochen wird. Selbst in ihren eigenen Aufsätzen spricht sie diese Gruppe haupt- oder ehrenamtlicher Funktionäre nur mit äußerster Behutsamkeit an. Viele der Komplimente, die dem aktiven SPD-Mitglied von seiner politischen Führungsschicht gemacht werden, dürfen unter die übliche Dankeschuld, die nach einem Großeinsatz selbstverständlich abzutragen ist, gezählt werden. Sie fallen damit für diese Untersuchung nicht ins Gewicht. Es sprechen aber eine Reihe von Gründen dafür, daß der Funktionär der SPD von dem anderer Parteien streng unterschieden werden muß, weil er bis hinauf zur Spitze auf die großen und kleinen Entscheidungen wesentlich Einfluß nimmt.

Willi Eichler, der in der Zeitschrift „Geist und Tat“ vom Dezember 1957 mit der Überschrift „Die Funktionäre haben Schuld“ zunächst aufhorchen ließ, entschärft seinen Titel dann auch sehr bald mit der Feststellung: „Es gibt *sachlich* keinen Unterschied zwischen einem Funktionär und einer politischen Persönlichkeit. Jeder von ihnen sollte beides sein.“ So verteilt er geschickt die ganze Schuldfrage, auch die, die grundsätzlich bestritten wird, auf die gesamte Partei. Als einziges Zugeständnis an gewisse Forderungen, die von einigen Seiten erhoben wurden, läßt er die „planmäßige“ Durchsetzung des „Apparates“ mit „einer Reihe von Menschen“ gelten, „die auf *anderem* Gebiet, etwa im Parlament, arbeiten und die *gemeinsam* mit dem Apparat in sehr kurzen Zwischenräumen tagen...“

Als einen gleichfalls schüchternen Versuch, die Gefahr eines allzu starren und mächtigen hauptamtlichen Mitarbeiterstabes zu umschreiben, darf man den Artikel des neuen Bundestagsabgeordneten Ulrich Lohmar in „Geist und Tat“ (März 1958) betrachten. Er wird auf dem Umweg über die „innergewerkschaftliche Demokratie“ gewagt. Die These, daß es in der Gesellschaft eine „innerbürokratische Demokratie“ gibt, scheint ihm schon überspitzt. Mit diesem Terminus umschreibt er die allgemein bekannte Tatsache, daß sich „eine tatsächliche Meinungsbildung vor allem in den Kreisen der hauptamtlichen Mitarbeiter vollzieht, wobei zusätzlich ein Spannungsverhältnis zwischen den Industriegewerkschaften und ihrer Dachorganisation, dem DGB, zu beobachten ist“. Der Empfindlichkeit, mit der in diesen Fragen offenbar gerechnet werden muß, ist Rudolf Wildenmann bereits 1954 in seinem auf reichem Quellenmaterial basierenden

Buch „Partei und Fraktion“ (Meisenheim a. Glan 1954) nachgegangen. Es soll hier nur der Parteitag als das oberste beschlußfassende Gremium aus diesem Material zitiert werden, weil damit gleichzeitig auch Hinweise auf das mutmaßliche Schicksal der Reformvorschläge gegeben sind. Zur Zusammensetzung der Parteitage schreibt Wildenmann: „Berücksichtigt man nun neben dem Organisationskern noch die Angehörigen der Partei-Fachausschüsse, ergibt sich der Führungsstab der Partei. Obgleich die Fachausschußmitglieder auf dem Parteitag nur als Delegierte der Bezirke erscheinen können, stellt dennoch der Führungsstab („Spitzenfunktionäre“) von rund 170 Personen den Kern des Parteitages, während die parlamentarischen Organe... als solche auf dem Parteitag nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ferner ist aufschlußreich, daß 20% der Parteidelegierten Parteisekretäre sind. Daß unter den restlichen Bezirksdelegierten nur in Ausnahmefällen sich Parteimitglieder ohne besondere Parteifunktion befinden, ist deshalb sicher, weil die Delegierung... durch Auslese der Bezirksausschüsse zustande kommt... Der Struktur nach ist der Parteitag im wesentlichen die Vereinigung des „Funktionärskörpers“ der Partei, aus dem der Führungsstab wie ein erratischer Block herausragt.“

Berücksichtigt man zusätzlich das nahezu gänzliche Fehlen eines vopolitischen Raumes, der nachhaltigen Einfluß auf die Parteireform nehmen könnte, so wird die schmale Basis, auf der diese Umbesinnung möglich und vor allem wirksam werden könnte, deutlich. Sicher kann nicht gesagt werden, daß durch diese Einengung des beschließenden Gremiums das Schicksal der Reformvorschläge der „Volkspartei“ besiegelt ist; es wird aber klar, wie schwierig es sein wird, in den Spitzengruppen der Partei ein kleines Parlament jener Gruppen zustande zu bringen, von denen die Reformer glauben, daß sie für die SPD gewonnen werden könnten. Die Tatsache, daß bisher unter Erich Ollenhauer ein Kompromiß möglich war und keiner der Repräsentanten der beiden Reformgruppen auf die Parteiführung aus ist, zeigt, daß die Entscheidungen von der Bonner SPD-Führung wenn nicht zugunsten einer Richtung beeinflußt, so doch gegen beide verhindert werden können. Die Möglichkeiten eines auch nur zeitweiligen Ausgleiches scheinen jedoch sehr gering.

Die kooperative Wirtschaft in Israel

In keinem anderen Land diesselts des Eisernen Vorhangs hat die kooperative Wirtschaftsform eine derartige Bedeutung erlangt wie in Israel. Diese Wirtschaftsform — vom Staat zwar begünstigt, aber nicht kontrolliert — könnte man am besten als „syndikalistisch“ bezeichnen. Die kooperative Wirtschaftsform, so wie wir sie heute in Israel vorfinden, ist aus den besonderen Verhältnissen des Landes heraus entstanden. Die zweite, dritte und vierte Einwanderungswelle (1904—1914; 1919—1924; 1924—1931) brachte vor allem eine große Anzahl jüdischer Arbeiter aus Osteuropa ins Land. Für die Entwicklung der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina blieben die Einwanderungswellen aus Osteuropa entscheidend. Diese Einwanderer kamen überwiegend aus den ärmsten Schichten des jüdischen Proletariats in Polen und Rußland und waren vielfach schon vorher in jüdisch-sozialistischen Gruppen organisiert gewesen. Die Ein-

wanderer aus Osteuropa (unter denen es selbstverständlich auch Angehörige des Mittelstandes, orthodoxe Juden und politisch Indifferente gab) brachten in ihrem sonst geringen Reisegepäck die bitteren Erfahrungen des ost-jüdischen Proletariats mit und die Überzeugung, daß der Sozialismus das einzige Heil für die Arbeiter und der zionistische Sozialismus die einzige Lösung der Judenfrage sei. Man muß sich in die Verhältnisse der ersten 30 Jahre dieses Jahrhunderts zurückversetzen, um die geistige Atmosphäre und die Unruhe, in der jene Menschen lebten, richtig würdigen zu können. (Eine geringere Rolle spielten Einwanderer aus Deutschland, die zum sozialistischen Lager gehörten.)

Die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Palästina waren von Grund auf anders als in Europa. In einem Land, das erst kolonisiert werden mußte, konnte man zwar die Rechte des Arbeiters schützen oder verbessern, man konnte jedoch keinen Klassenkampf führen, denn es gab weder ein wirkliches Proletariat noch eine wirklich bürgerliche Klasse. Es gab zwar die Gegensätze zwischen arm und reich und Kämpfe gegen die (tatsächliche) Ausbeutung des jüdischen Landarbeiters, der mit den billigen arabischen Landarbeitern nie konkurrieren konnte, aber keinen Klassenkampf. Man konnte auch keine Revolution vorbereiten, um der „Arbeiterklasse“ die Produktionsmittel zu erobern, denn einmal war Palästina kein selbständiger jüdischer Staat, so daß jeder Revolution eine damals ganz aussichtslose „nationale Befreiung“ hätte vorausgehen müssen, und dann gab es auch kaum Produktionsmittel im klassischen Sinne.

Die in Palästina gegründeten Arbeiterparteien sahen sich so vor zwei Aufgaben gestellt: Kolonisation und Schutz der Interessen der Arbeiter, d. h. gewerkschaftliche Organisation. Kolonisation ist jedoch in keinem sozialistischen Programm als Aufgabe der Arbeiterbewegung vorgesehen, und hieraus entstanden die Besonderheiten der sozialistischen Parteien in Palästina (die Kommunisten haben konsequenterweise jede Kolonisation abgelehnt).

Die Kolonisation Palästinas ergab sich notwendigerweise aus der Zielsetzung des Zionismus, die ideologisch neutral ist. Kolonisation ist aber gleichbedeutend mit der Schaffung von Wirtschaftsgütern. Wenn die jüdischen bzw. zionistischen Sozialisten sich an der Kolonisation aktiv beteiligen wollten, dann mußten sie sich auch als „Kapitalisten“ betätigen und Produktionsmittel erwerben. Der Ausweg aus diesem merkwürdigen Dilemma war die „kooperative Kolonisation“, die zwar kapitalistisch funktioniert, aber keine private Kapitalbildung zuläßt. Der faktische Ablauf der Entwicklung sah in der Praxis etwas anders aus, als er hier dargestellt wurde: Nachdem der jüdische Landarbeiter einsehen mußte, daß er entweder dem kapitalistischen Plantagenbesitzer bei der Kolonisation helfen mußte und so den Kapitalismus fördern würde, oder aber er selbst Bauer bzw. Plantagenbesitzer werden mußte, um kolonisieren zu können — was ja auch Kapital voraussetzt —, entschloß er sich zum praktischsten Weg, nämlich der Kooperative, die einerseits private Eigentumsbildung verhindert, andererseits — und vor allem — die billigste Art der Kolonisation ist.

Die Siedlungsfonds der (politisch neutralen) zionistischen Organisation kamen dabei den entstehenden Kollektivsiedlungen in gleicher Weise zu Hilfe wie dem privaten Siedler. Das zionistische Programm sieht als einen der wichtigsten Punkte die Schaffung eines jüdischen Bauern-